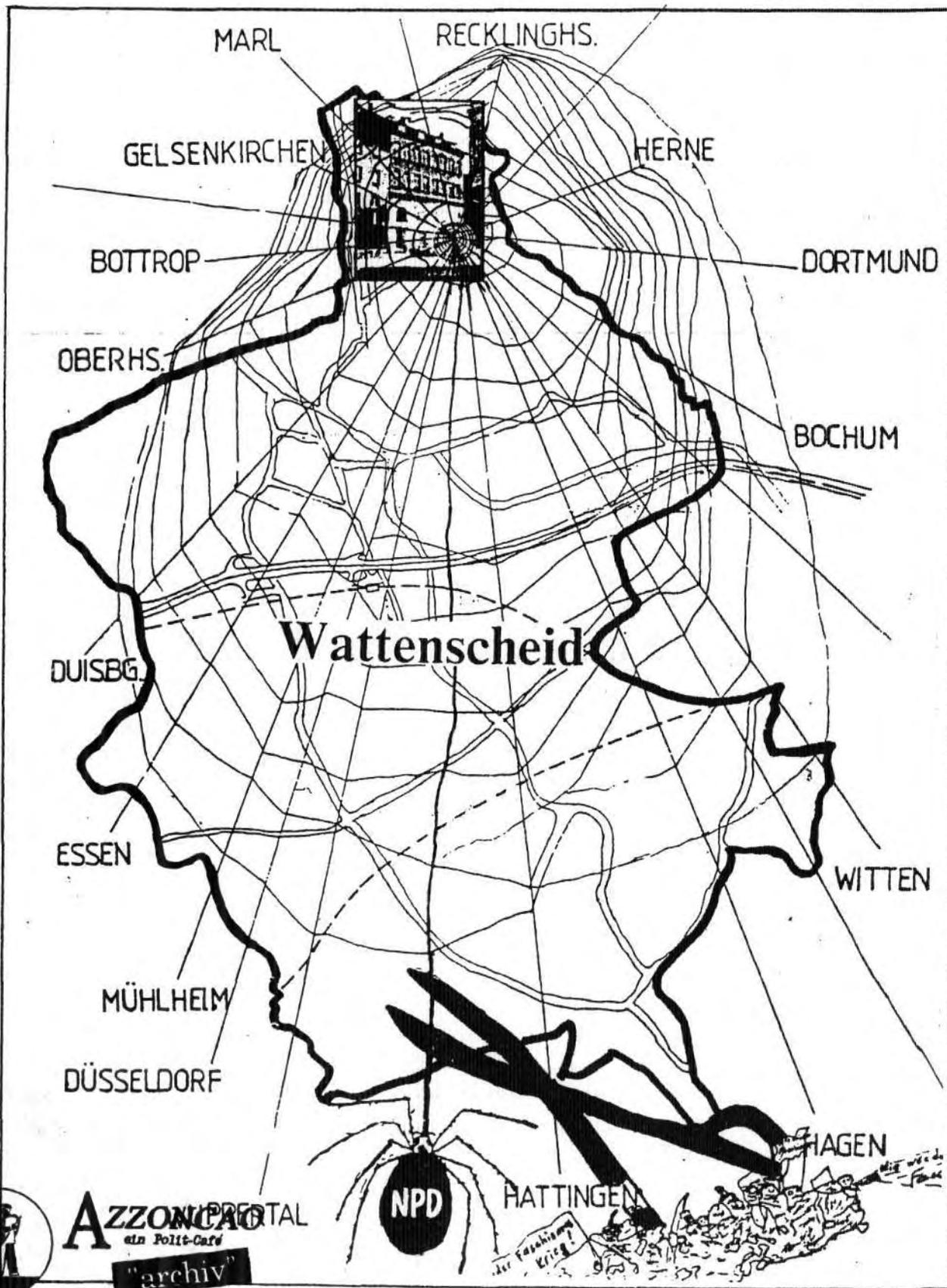


Dokumentation der Initiative Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg

Antifaschistische Aktionen in Wattenscheid

Preis: 1,50 DM



Aktion in Wattenscheid soll eine Woche dauern

Demonstration gegen „Ausländerstopp“ - NPD-Zentrale belagert

Von Norbert Bicher

Wattenscheid. Gestern, fünf vor zwölf: Gut 100 Leute, Türken, Perser, Deutsche skandieren „Nazis raus“. Die so Angesprochenen liegen auf der gegenüberliegenden Straßenseite in den Fenstern des Hauses Günnigfeldstraße 101 a. Es ist die Geschäftsstelle der nordrhein-westfälischen NPD. Zu dem, was die Demonstranten auf der anderen Seite vorhaben, eine einwöchige Belagerung der Zentrale der NPD und der von dort ausgehenden „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, geben die Insassen des Hauses keinen Kommentar. „Vielleicht Dienstag oder Mittwoch“, läßt Klaus Schultz, Vorsitzender der Initiative, Journalisten wissen. Wie's sich gehört, nicht persönlich, sondern über Walkie-Talkie.

Er selbst liegt im Fenster des etwas angegammelten Hauses und hört zu, was seiner Initiative vorgeworfen wird. „Ausländerhaß“, Rassismus“ und „Volksverhetzung“. Eine Woche lang werden die „Belagerer“, fast durchweg Gewerkschafter, ihre Meinung über die „rechten Ansichten“, die aus diesem Hause gesteuert werden, der Bevölkerung mitteilen. Zum Auftakt gibt es Sympathie-Beweise von höchsten Stellen. Aus den Bürgermeisterämtern der Revierstädte werden Briefe vorgelesen. Man findet diese Aktion zugunsten der ausländischen Mitbürger enorm wichtig. Wenn er es zeitlich schaffe, werde er auf ein oder zwei Stunden vorbeikommen, ließ Wittens Bürgermeister Klaus Lohmann die Demonstranten wissen. NRW-Innenminister Herbert Schnoor läßt Grüße ausrichten und wünscht eine „erfolgreiche Arbeit, die letztlich als Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft gesehen werden“ könnte.

Scheinbar gelassen hören Schultz und seine Leute zu. Sie scheinen zunächst mal die Publizität zu genießen. Als sich Fernsehkameramänner und Fotografen an ihre Arbeit ma-

chen, kontern sie den Transparenten der Demonstranten - „Keine Freiheit für die Volksverhetzer“ - mit NPD-Plakaten.

„Ich schieße nur auf Türken.“ Diese Worte des Nürnberger Neonazis Oxner, der vor wenigen Monaten vier Ausländer erschoss, nimmt ein Redner zum Anlaß, um der „Ausländer-Stopp-Initiative“ vorzuhalten, daß sie „die geistigen Mörder“ seien. Aus den Fenstern des Hauses wird erwidert: „Haltet die Klappe. Es ist zwanzig nach zwölf, eure Zeit ist um.“

Inzwischen sind vor dem Haus Günnigfeldstraße 101 a Schultzes Mannen aufgezogen. Einer filmt mit Video-Kamera die Demonstranten, einer zieht mit Funkgerät hin und her. Mal patrouilliert einer mit einem Schäferhund, mal ein anderer mit einem Rottweiler. Was der NPD-Mann von denen auf der anderen Straße, den Türken, Persern und Deutschen hält, sagt er frei heraus: „Das ist Hundefutter.“ Wenn die Polizei nicht da wäre, versichert er, wären die erst gar nicht groß zu Wort gekommen.

Die Stimmung ist aggressiver geworden. Aber tatsächlich scheint die Polizei Garant dafür zu sein, daß es zwischen de-



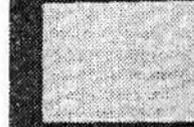
Seit gestern belagert: die NPD-Geschäftsstelle in Wattenscheid. (WR-Bild: Goeke)

nen hüben und drüben auf der Günnigfeldstraße zu keinen Handgreiflichkeiten kommt. Ob das die ganze Woche so sein wird, ob die Belagerung am Freitag mit einem „Freundschaftsfest gegen Völkerhaß“ wirklich friedlich zu Ende geht? Ein Polizeibeamter hat leise Zweifel: „Wir sind gespannt, was sich nachts hier abspielt.“



30. Januar 1933

Die Nazis übernehmen die Macht



ZUR MÄCHTERGREIFUNG Hitlers eröffnete gestern die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ eine Ausstellung im Liberalen Laden an der Sedanstraße.

waz-Bild: Alfred Winter

WAZ-Wattenscheid
20.1.1993

Zeugen der Nazizeit erinnern sich . . .

Zahlreiche Veranstaltungen und Treffs

(ho) Das Programm der Wattenscheider „Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ steht fest. 25 aktive Mitglieder der gleichnamigen Initiative haben nach monatelangen Vorbereitungen eine Woche voller Veranstaltungen und Treffen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Errichtung der Nazidiktatur auf die Beine gestellt. Zahlreiche Wattenscheider Bürger haben die Aktion bereits durch ihre Unterschrift begrüßt.

Obwohl die Ausstellung zur Machtergreifung Hitlers in Wort und Bild bereits gestern im Liberalen Laden eröffnet wurde, beginnt die eigentliche Aktionswoche am Montag, 24. Januar, 19 Uhr, im Falkenraum der Pestalozzi-Realschule: Sechs ehemalige Zeitzeugen und Widerstandskämpfer werden über ihre Erfahrungen berichten. Am Dienstag, 25. Januar, ist, ebenfalls um 19, eine Diskussionsveranstaltung zur Darstellung des Faschismus im Schulunterricht und in den Geschichtsbüchern geplant. Ort der Veranstaltung: Das Albert-Schweitzer-Haus in der Gertrudisstraße. Ein Referent des Kultusministeriums ist hierzu eingeladen worden.

Am Mittwoch finden zwei Veranstaltungen statt: Eine alternative Stadtrundfahrt zu den Stätten des Widerstandes und der Naziverfolgung in Wattenscheid und Bochum um 15 Uhr, und um 19 Uhr ein Diavortrag über eine Fahrt zum ehemaligen KZ Auschwitz

plus Diskussion im Liberalen Laden, Sedanstraße 6.

Höhepunkt der Woche wird der Donnerstag sein: Eine Demonstration und Kundgebung gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Demo startet um 18 Uhr an der Friedenskirche und geht durch die Wattenscheider City zum Gönigfelder Marktplatz, wo um 19 Uhr eine Kundgebung mit verschiedenen Rednern und Künstlern geplant ist. Ursprünglich sollte die Kundgebung vor der NPD-Landeszentrale stattfinden. Damit hätte allerdings, so Schutzbereichsleiter Benfer, keine taktische Maßnahme zum reibungslosen Ablauf der Veranstaltung garantiert werden können. Denn zur gleichen Zeit will die NPD ihrerseits eine Kundgebung starten.

Auf weitere Termine und Abläufe wird in den kommenden Tagen noch hingewiesen. Auskünfte erteilt aber auch der Liberale Laden unter der Rufnummer 86 206.



AZZONCAO
ein Polit-Café
Archiv

Wattenscheid: Protest gegen NPD-Parteitag

Wattenscheid. (ws) Rund 2000 Demonstranten protestierten gestern Abend in Wattenscheid gegen den heute dort stattfindenden Landesparteitag der NPD. Ein Sprecher der „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ forderte im Rahmen einer Kundgebung, an der sich auch Gewerkschafter aus ÖTV, GEW und IG Metall beteiligten, Oberbürgermeister Eikelbeck dazu auf, seinen kürzlich geäußerten Wunsch zu verwirklichen, der NPD „je-

den Stuhl und jeden Tisch aus der Stadt“ herauszutragen. Einschränkend hatte er allerdings hinzugefügt, dazu fehlten ihm die rechtlichen Möglichkeiten.

Die Wattenscheider Antifaschisten überreichten zuvor im Rathaus rund 2000 Unterschriften für ihre Forderung: „Stoppt den NPD-Parteitag!“ Der Protest wurde in der Nacht in einer Mahnwache vor der Wattenscheider Stadthalle fortgesetzt, in der heute die NPD ab 8 Uhr tagen will.



„Faschisten - Volksverhetzern“: Demonstration gegen die NPD-Versammlung in Bochum-Wattenscheid. (WR-Bild: Korte)

Westfälische Rundschau 12. 5. 1983

EIN RIESIGES POLIZEIAUFGEBOT schirmte die Delegierten vor den Protestlern ab und schleuste sie auch durch mehrere Nebeneingänge in die Stadthalle. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen prallten nicht selten beide Gruppen aufeinander. Foto: Alfred Winter

WAZ - Bochum
14. 5. 1983

Polizei mußte Delegierte durch Hintertür schleusen

Massiver Protest zum NPD-Landesparteitag

(S. V.) Zwischen 1200 bis 2000 Demonstranten und sechs Hundertschaften der Polizei kam es in den frühen Morgenstunden des „Vatertages“ vor der Wattenscheider Stadthalle zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Beamten, die vergeblich versucht hatten, die NPD-Delegierten des Landesparteitages durch den Haupteingang zu schleusen, leitete sie nach polizeilicher Verfügung über den Schulhof des angrenzenden Märkischen Gymnasiums. Beim dabei entstandenen Handgemenge zählt die Polizei 39 leichtverletzte Beamte, vier mußten ärztlich behandelt werden. Unter den Demonstranten meldet die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ etwa die gleiche Anzahl an Verletzten. Vier Demonstranten wurden vorläufig festgenommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Beamten, so wandte sich gestern Innenminister Schnoor an den Polizeipräsidenten Dieter Berndt, hätten nur ihre gesetzliche Pflicht erfüllt, als sie die NPD-Parteiveranstaltung vor den Demonstranten schützten. Er sei empört, daß noch immer Bürger die Polizei in Verbindung brächten mit den Gruppen, die sie zu schützen habe.

Trotz massiver Absicherung der ersten Besucher des NPD-Landesparteitages kam es bereits kurz nach sechs zum ersten Handgemenge, als die Beamten vergeblich versuchten, die Delegierten in die Stadthalle zu schleusen. Polizeipräsident Berndt ordnete an, die

NPD-Mitglieder in kleinen Gruppen über das Schulgelände zu leiten.

Da vorab zwischen Oberstadtdirektor und Schulleiter vereinbart war, daß außer der Polizei niemand Durchgangrecht auf dem Gelände der Märkischen Schule haben sollte, verstärkten sich die Proteste und massiven Versuche der Demonstranten, den Einlaß zu verhindern.

Der Großteil der Antifaschisten drängte ohne Gewaltanwendung gegen die Polizei-Fronten. Im Handgemenge flogen dann die ersten Farbbeutel und Eier. Zahlreiche Delegierte und Beamte sowie 77 Dienst-

fahrzeuge der Polizei trugen dabei Spuren davon. Der Druck der Demonstranten verstärkte sich jedesmal dann, wenn die Polizei ankommende NPD-Mitglieder gesammelt zur Stadthalle führte.

Die Mahnwache wurde nach einer Kundgebung offiziell aufgelöst. Nur eine Handvoll jugendlicher hartete weiter bis in den späten Nachmittag aus.

Kurz vor Schluß des Parteitages meldete die Polizei ihre letzte Festnahme: Einem aufgeführten Demonstranten war es gelungen, hinter die Absperrung zu schlüpfen und ein NPD-Mitglied mit einer Fahrradkette anzugreifen.



Abschlußfeier der Abiturienten stand im Zeichen des Protestes

Märkische Schule wies noch einmal auf NPD-Landesparteitag hin

(aku) Für eine Abiturfeier „in angemessenem Rahmen“ hatten sich die Schüler und Schülerinnen des Abschlußjahrganges an der Märkischen Schule eingesetzt – und sie bekamen die Stadthalle dafür. So versammelten sich die Abiturienten, Lehrer und Eltern nach dem ökumenischen Gottesdienst in der Aula des Gymnasiums in dem Bewußtsein, daß hier vor gut einem Monat der Landesparteitag der NPD stattgefunden hat. In einem Flugblatt wiesen die Schüler noch einmal auf Ihre Protestaktionen hin, die nicht verhindern konnten, daß die NPD von der Polizei über das Schulgelände in die Stadthalle geleitet wurde.

Solidarität in diesem Sinne bewiesen auch Beratungslehrer Hermann Waleczek, der sich von seinen Schützlingen mit dem jüdischen Gruß „Sha-

lom chaverim“ verabschiedete, und Schulleiter Günter Preuß. „Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist noch nicht zu Ende“, versicherte er in seinem Grußwort, „und ich verstehe, daß man nicht einfach darauf verweisen kann, es gebe ja nur wenige Faschisten in unserem Land.“

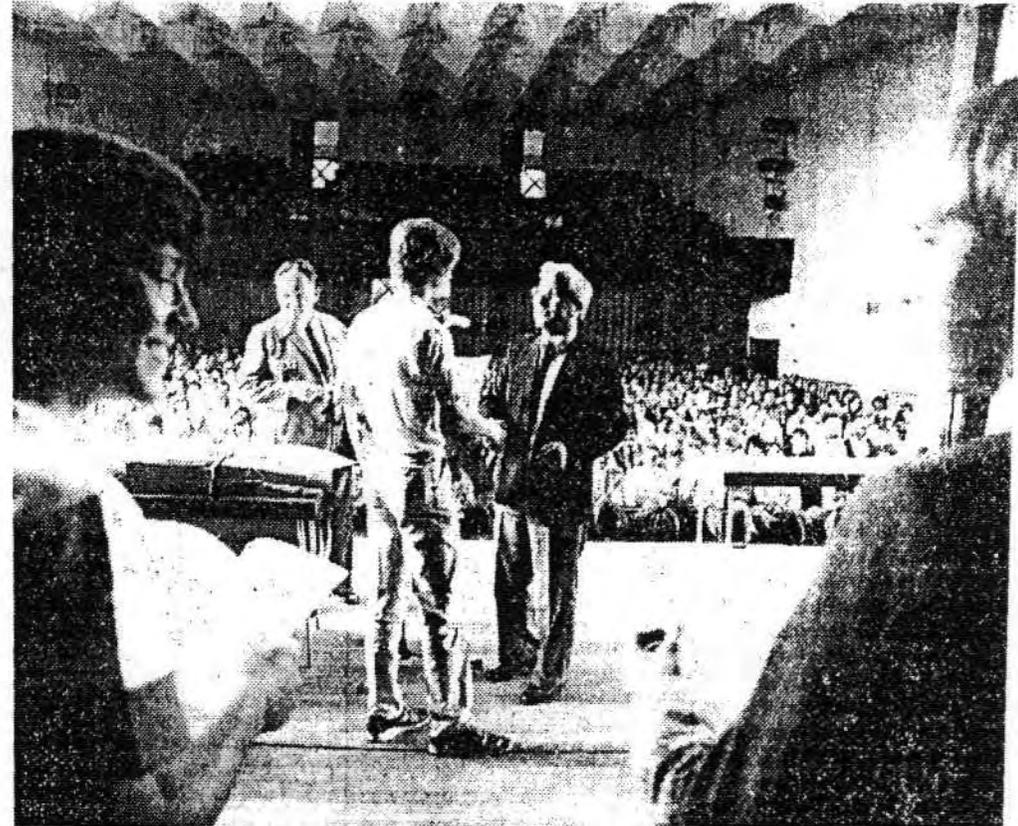
cherte er in seinem Grußwort, „und ich verstehe, daß man nicht einfach darauf verweisen kann, es gebe ja nur wenige Faschisten in unserem Land.“

Dreimal wurde eine „Traumnote“ erreicht

Neben dieser Demonstration demokratischen Bewußtseins lief der für diesen Anlaß „übliche“ Rahmen aus musikalischen Einlagen und Grußworten ab, die diesmal bewußt kurz gehalten wurden. Die Lei-

stungsbilanz, die Schulleiter Preuß vor der Zeugnisverleihung zog, sah so aus: „Von 183 Schülern dieser Stufe haben 170 das Abitur bestanden – sechs können noch eine Nachprüfung ablegen.“

Die Durchschnittsnote aller Abiturzeugnisse betrug diesmal 2,8 – was eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. „Drei Schüler erhielten die „Traumnote“ 1,1.“



DER EINDRUCK TÄUSCHT: Keineswegs ungetrübt war die Stimmung bei der Zeugnisverleihung; die Abiturienten der Märkischen Schule in der Stadthalle. Über der Veranstaltung lag noch d Schatten des NPD-Parteitag.

waz-Bild: Michael Kort



AZZONCAO
als Polit-Café

„archiv“

Großes Echo bei Uraufführung:

Videostreifen zeigt Hintergründe auf

„Aktionswoche“ filmte NPD-Parteitag

Die Antifaschisten machen weiter – mit den Protesten gegen den NPD-Parteitag kam die Kugel ins Rollen: Während der Gegendemonstration drehte die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ einen Videofilm, der den Landesparteitag, die Proteste und die Hintergründe des Neonazismus aufzeigen will.

Seine Uraufführung fand jetzt großes Echo bei seiner Uraufführung. Der Film kann von Schulklassen, Jugendgruppen und Veranstaltungen ausgeliehen werden. Anlaufstelle: Günter Gleising, Im Vogelsspoth 58, ☎ 59400. Unter den Besuchern waren auch Maria Eisenberg-Meier (DGB) und

Irmgard Scheinhardt, SPD-Ratsvertreterin. Anschließend griffen die Veranstalter Fragen zur Bekämpfung des Neonazismus auf. Die Aktionen der Initiative wurden insgesamt positiv beurteilt. Im Mittelpunkt stand der Weg zur Verbreitung des antifaschistischen Kampfes.

Ermittlungen gegen Polizei

Als nächstes will die „Aktionswoche“ eine Broschüre erarbeiten. Sie soll die Gefahren des Neonazismus und der Ausländerfeindlichkeit einerseits und die antifaschistischen Aktionen andererseits darstellen. Für Demonstranten, denen nach Anzeigen der Polizei Ge-

richtsprozesse wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ drohen, wurde ein Solidaritätsfond eingerichtet. Bei der Staatsanwaltschaft Bochum laufen zur Zeit mehrere Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wegen „Verdacht der Körperverletzung im Amt“.



AZZONCAO
als Polit-Café
archiv

Dokumentation über Rechtsradikale

Ende Januar beginnt Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg

Die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ arbeitet zur Zeit an einer Dokumentation, die die bisherige Tätigkeit der Initiative darstellt und darüber hinaus neonazistische Bestrebungen im Wattenscheider Raum aufzeigt.

Aus dem bisher zusammengetragenen Material geht hervor, daß rechtsradikale Tendenzen seit Bestehen der NPD-Landeszentrale eindeutig zugenommen hätten. Außerdem werden die Reaktionen von Behörden und Justiz in bezug auf neonazistische Provokationen behandelt. Die rund 90 Seiten starke Dokumentation soll Ende Januar der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Darüber hinaus hat die anti-

faschistische Initiative ein vielfältiges Programm für die „2. Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ vorbereitet. Vom 28. Januar bis zum 5. Februar sind unter anderem mit Ausstellungen, Veranstaltungen zu Fragen der Ausländerpolitik und des Abbaus demokratischer Rechte vorgesehen. Die Aktionswoche beginnt am 28. Januar um 16 Uhr im Liberalen Laden an der Sedanstraße mit

einer Ausstellung, die den Titel „Faschismus und Neofaschismus in Bochum und Wattenscheid“ trägt. Weiterhin ist ein Info-Stand geplant, der am 30. Januar um 16 Uhr am August-Bebel-Platz aufgebaut werden soll. Weitere Themen sind die Behandlung des Neofaschismus im Schulunterricht und eine Filmveranstaltung in der Schauburg. Dort wird am 3. Februar um 20.30 Uhr „Die Erben“ gezeigt.



AZZONCAO
an Polit-Café
archiv

DVZ/dü tat 3.5.1984



Neonazi-„Skinheads“ stießen die Antifaschistin Rosa Eck zu Boden und verletzten andere Demonstranten schwer, während die Polizei zuschaute und in Flugblättern der NPD Legalität bescheinigte.

Foto: dpa

Neonazistischer Terror

Die NPD beuerte zum Landesparteitag in NRW „Skinheads“ als Schlägertrupps an

DAS ist neu und erschreckend in der neonazistischen Szene: Die nordrhein-westfälische NPD hatte für ihren Landesparteitag am 28. April im oberbergischen Wiehl-Drabenderhöhe bei Gummersbach eine hundert Mann starke Schlägerbande zusammengestellt, die – nach dem Vorbild der „US-Skinheads“ in Bomberjacken und mit kahlgeschorenen Köpfen – mit äußerster Brutalität gegen antifaschistische Demonstranten antrat. Die Jugendlichen zwischen etwa 18 und 24 Jahren waren mit Militärstiefeln und waffenähnlichen Schlagwerkzeugen ausgestattet.

Opfer der Nazischläger wurden u. a. der ehemalige KZ-Häftling Heinrich Schmitz, der mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden mußte, sowie die ältere Mitbürgerin Rosa Eck, die von den neofaschistischen Terroristen zu Boden geschleudert wurde (Foto). Besonders stark beschädigten sie Autos, die mit der Friedenstaube versehen waren.

Die Polizei, die den etwa 500 Demonstranten gegen die Abhaltung des NPD-Parteitags in gleicher Anzahl gegenüberstand, beschränkte sich darauf, die Vorfälle nur zu beobachten, aber später den Verlauf der antifaschistischen Kundgebung penibel zu regi-

strieren. Von fünf vorläufig festgenommenen Neonazi-„Skinheads“ wurden drei sofort wieder auf die Demonstranten losgelassen.

In morgens verteilten Flugblättern „Ihre Polizei informiert“ hatte Oberkreisdirektor Dr. Dieter Fuchs der NPD ausdrücklich bescheinigt, „im breiten Parteienspektrum unseres demokratischen Staates ihren Platz einzunehmen“. Dann heißt es weiter: „Verfassung und Gesetze verpflichten die Polizei, diesen Parteitag zu schützen. Solange zugelassene Parteien nicht durch das Bundesverfassungsgericht verboten sind, können ihre Mitglieder alle verfassungsmäßigen Rechte nutzen.“

Mitglieder der Jusos, der SDAJ, Jungdemokraten, Vertreter der SPD und des DGB, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) und der DKP hatten die Proteste am Freitag mit einer abendlichen Mahnwache begonnen. Sie mußte um 2.30 Uhr abgebrochen werden, als die Nazischläger anrückten und die Polizei „keinerlei Gewähr“ für die Sicherheit der Demonstranten bieten wollte. „Wo soll es hinführen, wenn nicht einmal die Polizei mehr in der Lage ist, eine friedliche Demonstration vor faschistischen Schlägertrupps zu schützen?“ fragte das „Aktionsko-

mitee Oberbergischer Antifaschisten“ in dem Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Jugendverbände vertreten sind, in seinem Flugblatt. Völliges Unverständnis rief vor allem hervor, daß die „Skinheads“ der NPD fast freie polizeiliche Hand für ihre Angriffe hatten, während Gegendemonstranten auf der Fahrt nach Wiehl kontrolliert wurden, während Polizeioffiziere der Demonstrationszug aufforderten, die Rufe „Nazis raus! Nazis raus!“ zu un-terlassen.

Die Sprecher der Protestkundgebung, darunter der Kölner Bezirksleiter der IG Metall, SPD-MdL Karl Heinz Breuer, Ernst Buschmann vor der VVN-BdA und Jürgen Georg vor den „Grünen“, forderten das sofortige Verbot aller neonazistischen Organisationen in der BRD. Während drinnen in der Halle mit „Deutschland darf nicht untergehen“ finstere Vergangenheit beschworen wurde, war man sich draußen einig darin: „Im Gedenker an die Opfer des Faschismus gilt es alles zu unternehmen, um neue Opfer zu verhindern und jeglichen Nährboden für die Verbreitung der faschistischen Ideologie zu entziehen. Nie wie der Faschismus – nie wieder Krieg!“

wb/ha

Antifaschisten wollen verstärkt gegen den Neonazismus vorgehen

„2. Ruhrgebietsberatung“ in Wattenscheid

(we) „Links und Rechts prügelt sich“. Dieses Bild geistert in vielen Köpfen herum, wenn es um den Widerstand gegen die Aktivitäten der rechtsradikalen Skin Heads geht. Auf der 2. Ruhrgebietsberatung antifaschistischer Arbeit nahmen gestern etwa 50 Vertreter verschiedener Organisationen teil; jedoch nicht nur um dieses Bild gradezurücken. Der erste Teil der Sitzung im Falkenheim an der Schulstraße bezog sich auf das massive Aufgebot der NPD-nahen Skins (Glatzköpfe) beim NPD Landesparteitag in Wiehl. Die Schilderung einiger Gegendemonstrationsteilnehmer, vor allem über das Verhalten der Polizei, löste bei den Anwesenden Betroffenheit aus.

„Es schien, als ob die Polizisten es als lästige Pflicht ansahen, uns zu schützen. Als wir eine Anzeige wegen Körperverletzung aufgeben wollten, tatensie, als ginge sie dies nicht an.“ schilderte eine Teilnehmerin aus Gelsenkirchen die damalige Situation. Es fehlte jedoch auch nicht an Selbstkritik. So wurde besonders bemängelt, daß man sich nicht gegen die Gewa!! der Skin Heads

schützen konnte, da die Polizei ihre Schutzfunktion bei der angemeldeten Demonstration nicht wahrgenommen habe.

In Videofilmen sahen die Anwesenden unter anderem Interviews von einigen Skinheads an ihrem Treffpunkt am Saarlandbrunnen. Dabei wurde deutlich, daß Kontakte zur NPD-Landeszentrale an der Günnigfelder Straße bestehen.

Deckmantel der Seriosität

In einen Referat mit anschließender Diskussion setzte sich die Versammlung mit dem diesjährigen Europa-Wahlprogramm der NPD auseinander. Geschickte Verpackung sollte darin war man sich einig - den politischen Forderungen der Partei den Anstrich einer „wählbaren“ Organisation geben. Von Radikalität bliebe nicht mehr viel sichtbar, obwohl die NPD die gleiche geliebt sei, hieß es im Referat. Nach der Mittagspause setz-

te eine intensive Diskussion um das zukünftige Vorgehen gegen jegliche faschistische Bestrebungen ein. Dabei stand insbesondere ein Entwurf zur Debatte, der allerdings noch in die einzelnen Stadtinitiativen eingebracht werden soll. Darin heißt es: „Mehr denn je ist es heute erforderlich, daß sich die antifaschistisch gesinnten Bürger unseres Landes zusammenfinden, um ein Klima zu schaffen, in dem der Neonazismus zurückgedrängt wird.“



SKIN-HEAD-TREFF. Am August-Bebel-Platz finden sich tagtäglich die kahlrasierten Wattenscheider „Skins“ ein. Sie verschweigen nicht, daß bei den meisten von ihnen das Herz extem „rechts“ schlägt. waz-Bild: Alfred Winter

6. Ruhrgebietsberatung zur antifaschistischen Arbeit

WAZ - Wattenscheid 1. 6. 1984



AZZONCA
ein Poltt-Café
Markt

ATTENSCHIED

Dienstag



LIVE VOR ORT, der WDR, der zum erstmalig sein Fensterprogramm ausstrahlte. Gestern stand der Ü-Wagen vor der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid. Hier im Bild das Moderatorteam in der Diskussion mit Klaus Schulz von der NPD (links). waz-Bild: Alfred Winter'

„Marschieren sie wieder“, kam live über den Äther

WDR | beleuchtete vor Ort den Rechtsextremismus in NRW

(ew) Ein seltenes Bild – wenn ein Kommunist hinter einem Nationaldemokraten steht: nur räumlich, versteht sich. Diese Szenerie bot sich gestern zwischen 16 und 17 Uhr auf der Günigfelder Straße in Höhe des Hauses 101 a. Dort richtete der WDR zum erstmalig sein neues Fensterprogramm in der Sendung „Zwischen Rhein und Weser“ aus. Das Thema: „Marschieren sie wieder – Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“.

Schon lange vor der Sendung, übrigens eine Live-Übertragung, war die Krupp-Straße von Polizeieinheiten abgeriegelt. Nur zu Fuß konnte man an das Haus der NPD gelangen. Und dort hatte sich eine Menschentraube versammelt. Da waren Mitglieder der Friedensbewegung, ehemalige KZ-Häftlinge, Punks, Polizisten in Zivil und Skin Heads. Vor der Haustüre stand Klaus Schulz, Landesvorsitzender der NPD, im Trachten-Anzug. Zunächst kam ein ehemaliger KZ-Häftling zu Wort, einer derer, die beim letzten NPD-Partei tag in Wühl umgerempelt und verletzt wurde. Der Senior gehört dem VVN (Verband der Verfolgten des Naziregimes) an. Klaus Schulz sollte nun direkt über den Sender Stellung zu den Vorfällen in Wühl nehmen. Doch dazu kam es nicht.

Stimm-Gewirr

„Ich bin kein Rechtsextremist – ich bin Nationaldemokrat“, so Schulz. Und: „Man muß sich die ärztlichen Atteste der Nationaldemokraten ansehen, die in Wühl verletzt wurden.“ Dann drang nur noch ein protestierendes Stimmen-Gewirr über den Äther, das abgelöst wurde von unpassender Tanzmusik. Vor Ort konnte die Geräusch-Kulisse nicht eingedämmt werden. Umstehende Bürger mokierten sich lautstark über Parolen, die hier getroschen worden seien. Mit einer Diskussion wird heute zur gleichen Zeit im Ersten Programm des WDR die Sendung von der Günigfelder Straße aus fortgesetzt. Heute sollen Bürger das Wort haben.

WDR befaßt sich nächste Woche mit der NPD-Landeszentrale

Zur Live-Übertragung können Bürger ans Mikrofon gehen

Die NPD-Landeszentrale im Günigfeld kommt nun auch landesweit in den Blickpunkt. Der WDR nimmt sich am Montag, 4. Juni, sowie am Dienstag, 5. Juni, dieses Themas an. Ausgestrahlt wird live im Rahmen

der Sendung „Zwischen Rhein und Weser“ im ersten Hörfunkprogramm. Im Rahmen der Regionalisierung dehnt der Kölner Sender ab Wochenbeginn den Spielraum für lokale Themen auf drei Stunden pro Tag

aus. Ab 16.05 Uhr sollen am Ü-Wagen vor Ort NPD-Mitglieder und Sympathisanten sowie Befürworter und Kritiker eines Verbotes dieser rechtsextremen Partei zu Wort kommen.

Unter anderem hat sich aus dem Düsseldorfer Innenministerium der ehemalige Bochumer Polizeipräsident, Graf Hardenberg, als Gesprächspartner angesagt. Es ist auch jeder Bürger will-

kommen, der zu diesem aktuellen Problem ans Mikrofon treten möchte. Insbesondere deshalb, da die Partei in Zusammenhang mit den faschistischen Skin Heads ins Gerede gekommen ist.

WDR2 Wattenscheid
2.6.84

WDR2-Wattenscheid 5.6.84



AZZONCAO
das Polit-Card
"archiv"

NPD-Hetze über Funk

Beim zweiten Sendetermin des WDR vor der NPD-Landeszentrale fand sich eine Zahl von über 150 Zuhörern ein. Betroffene, ein Professor aus Essen und Jugendexperten äußerten sich zur Entwicklung der NPD-Jugendorganisationen und ihr nahestehender Verbände. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten sowie ein Vertreter der rechtsradikalen „Borussenfront“ bekamen Gelegenheit, ihre ausländerfeindlichen Ansichten zu äußern. Dabei schockierte besonders die Selbstsicherheit in ihren Parolen.

Volkmar Benfer, Leiter der Wattenscheider Polizei, zu den beiden Sendungen: „Ich bin positiv überrascht, daß es nicht zu Zwischenfällen kam. Zur Sicherheit waren wir mit zwölf Zivilbeamten und etwa 30 Mann Bereitschaftspolizei vor Ort.“

WIRZ Werk. 7.6.84

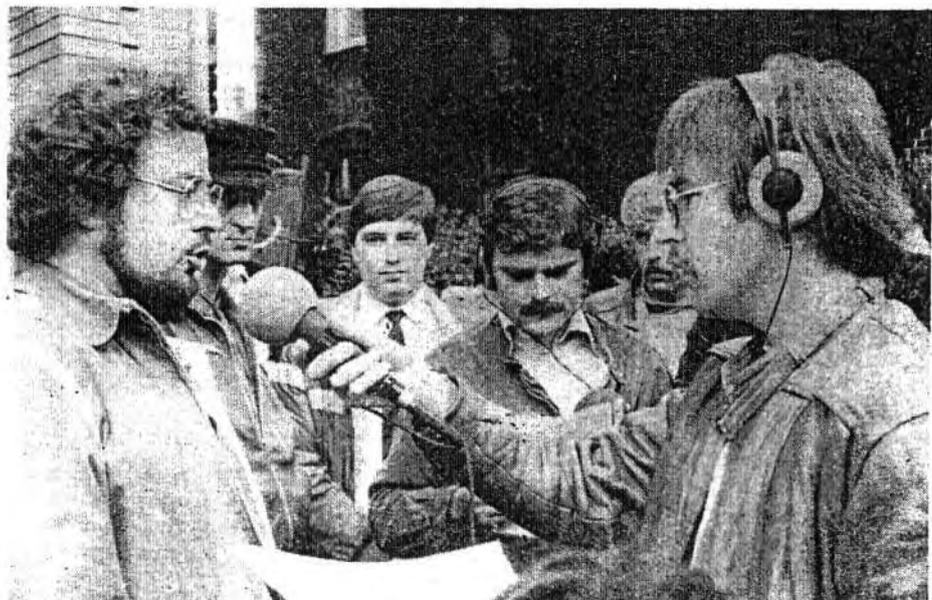
Wattenscheid im Rampenlicht

Wieder einmal ist landesweit von Wattenscheid die Rede. Möglich machte es der Westdeutsche Rundfunk, der sich am Montag und am Dienstag jeweils eine halbe Stunde lang in seiner Hörfunksendung „Zwischen Rhein und Weser“ annahm. Direkt aus der Kruppstraße wurde live berichtet. Die Sendung war ab Wochenbeginn auf drei Sendestunden pro Tag ausgedehnt, so daß genügend Zeit auch zur Diskussion strittiger Themen zur Verfügung stand. Wattenscheid und die NPD sind in diesem neuen Redaktions-Konzept der Köl-ner Hörfunk-Macher sozusagen die „Startnummer“. Am U-Wagen vor Ort sind jeweils ab 16.05 Uhr sowohl NPD-Angehörige und Sympathisanten als auch Kritiker und Befürworter eines Verbotes der arg rechten Partei zu Wort gekommen. Aus dem Düsseldorfer Innenministerium hatte sich als Gesprächspartner unter anderem Bochums früherer Polizeipräsident, Graf Hardenberg, angesagt. Willkommen war dem WDR aber auch jeder diskussionsbereite Bürger. Allerdings kam es immer wieder zu heftigen Tumulten und Unmutsbezeugungen, die den Ablauf störten.

Stadtpanorama 7.6.84



AZZONCAO
an Polit-Card
"archiv"



Vor Ort ging der WDR letzte Woche mit seiner neuen Sendereihe (wir berichteten darüber). Vor der NPD-Zentrale in Günnigfeld sprachen die Moderatoren mit Anwohnern und Vertretern verschiedener Parteien über die ungeliebten „Nachbarn“.

Stadtpanorama 14.6.84

„Ausländer bleiben – Nazis vertreiben“

200 Demonstranten gestern vor der NPD-Landeszentrale – Keine Zwischenfälle



IM KEIM ERSTICKT wurde der Versuch einiger „Skin-Heads“, aus der NPD-Landeszentrale auf den Gehsteig vorzustoßen. Sie wurden von Polizisten ins Haus zurückgedrängt.

(ho) „Ausländer bleiben, Nazis vertreiben“. Mit dieser und ähnlichen Parolen versammelten sich gestern abend 200 Demonstranten vor der NPD-Landeszentrale an der Kruppstraße, um gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik zu protestieren. Etwa 60 Teilnehmer hatten auf ihrem bundesweiten Marsch der Aktion „Frankfurter Appell“ bereits in Städten wie Berlin, Hamburg und München haltgemacht und dort Kundgebungen veranstaltet. Die übrigen Demonstranten setzten sich aus der Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ und den Falken zusammen.

Die Kundgebung in Günnigfeld verlief ruhig ab. Einige „Skin-Heads“ versuchten zwar anfangs, das Gebäude 101 a zu verlassen, wurden aber von der Bereitschaftspolizei, die mit einem Zug angerückt war, sofort wieder in das Haus zurückgedrängt.

Ansonsten blieb es auch auf ihrer Seite bei platten Sprüchen und dem Gesang der Nationalhymne. Meinte eine Pas-

santin: „Die können doch nur saufen und rumgrölen. Ihre Anführer versprechen ihnen mit Schnaps und Bier das Blaue vom Himmel.“

Der Kurde N. Güler hatte sich schon in Münster dem Zug angeschlossen: „Ich marschiere mit, weil die Ausländergesetze immer mehr verschärft werden. Man muß alles tun, damit das verhindert wird“. Der Grieche P. Stathis

sieht die Ausländerfeindlichkeit als akute Gefahr, die sich speziell in letzter Zeit bemerkbar gemacht habe. Er will bis nach Köln mitmarschieren, wo am 13. Oktober die Abschlußkundgebung stattfindet. Trude Hahne von der „Wattenscheider Aktionswoche“ dankte in einer Ansprache den Jugendlichen, die sich dem Kampf gegen den Faschismus angeschlossen haben.

WAZ – Wattenscheid 9. 10. 1984



AZZONCA
ein Polit-Café
archi



Der Marsch nähert sich der NPD-Zentrale

„Ausländer bleiben - Nazis vertreiben!“

Wattenscheid. 17 Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei auf dem Marktplatz des Wattenscheider Stadtteils Günnigfeld. Spanische Reiter und Polizeiketten in der Kruppstraße. So wurde der „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik“ vor der Landeszentrale der NPD empfangen.

Gemeinsam mit den sechzigsten Teilnehmern des Marsches protestierten 200 Einheimische vor der „Höhle des Löwen“. Die neonazistische NPD steuert von

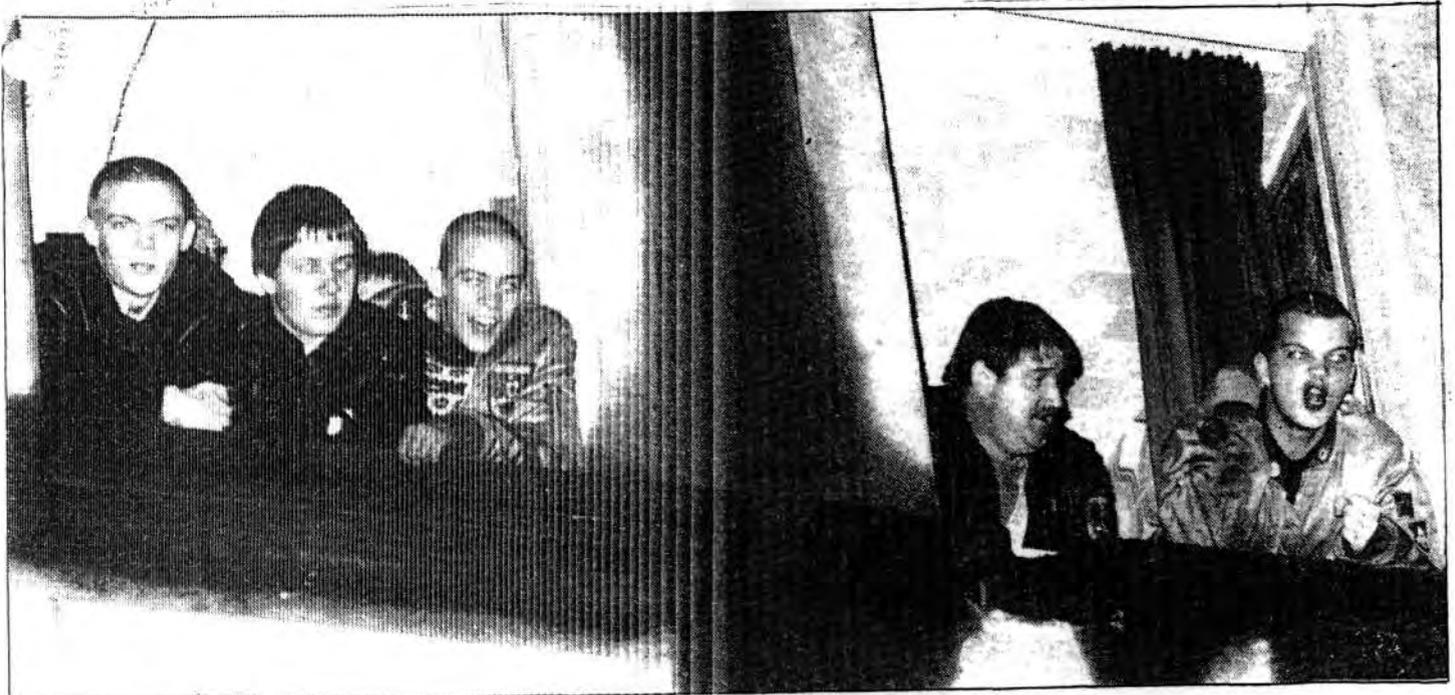
hier ihre Ausländer-raus-Kampagne, Vertreter rechtsradikaler Fußball-Fan-Clubs und diverse Schlägertypen gehen ein und aus.

Die Stadtverwaltung hat es allerdings bis heute abgelehnt, etwas gegen dieses braune Haus zu unternehmen. So glänzte denn auch das offizielle Bochum durch Abwesenheit, wenn man vom grünen Parlamentsneuling Günter Nierstenhöfer einmal absieht. Während der Kundgebung vor der NPD-Zentrale bestätigten sich

alle Behauptungen, mit denen die Wattenscheider „Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ wiederholt an die Öffentlichkeit getreten ist. Aus den offenen Fenstern des Hauses wurden die Demonstranten für die schwarzen Listen der Rechtsradikalen fotografiert. 'SS-Sigi' von der Borussenfront drohte mit Racheaktionen. Die Skinheads, die beim NPD-Parteitag im Frühjahr eine alte Frau und einen ehemaligen KZ-Häftling krankenhausesreif geschlagen hatten, (Marabo

berichtete) sangen „Deutschland, Deutschland über alles“. Ein wut-schnaubender NPD-Mann wollte türkischen Kollegen an den Kragen. Erst als die Skins einen Ausfall starteten, wurden sie von den Polizisten mit sanfter Gewalt ins Haus zurückgedrängt. Nach einer Stunde zog der Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit weiter. Die Polizei räumte ihre Sperrgitter weg und rückte ab. Die Neonazis blieben.

-tz.



AZZONCA
an Polit-Café

"archiv"

380 Unterschriften gegen die Ehrenbürgerschaft Hitlers

Thema in der nächsten Ratssitzung – Beitrag gegen Neonazismus

Auf die Tagesordnung des neuen Rates der Stadt Bochum ist der Bürgerantrag auf Aberkennung Hitlers Ehrenbürgerschaft gesetzt worden. Dies teilte OB Heinz Eikelbeck der „Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ mit. Die Ratssitzung findet am 9. November statt.

Die Initiative hat für diesen Bürgerantrag viel Unterstützung erhalten. Insgesamt 380 Bürger trugen sich in die Listen ein, um damit ihr Interesse an der Aberkennung deutlich zu machen. Die örtlichen Gliederungen der Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Öffentlichen Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) unterstützen

den Antrag ebenso wie der Kreisjugendausschuß des DGB, der ASiA der Ruhr-Universität und Jugendorganisationen.

In einem Schreiben heißt es, daß die Wattenscheider Antifaschisten „der derzeitigen Auffassung der Verwaltung und politischen Führung der Stadt Bochum widersprechen“, wonach die Ehrenbür-

gerschaft Adolf Hitlers mit dem Tode erloschen sei „oder nie rechtmäßig bestanden habe“. Sie meint: „Dieser Beschluß muß politisch und juristisch offiziell widerrufen werden.“ Damit könne, so die Aktionswoche, ein Beitrag geleistet werden. Tendenzen der Verherrlichung des Faschismus und des Neonazismus entgegenzutreten.

WAZ - Wattenscheid 29. 8. 1984

Frankfurter Rundschau

KURZ BERICHTET

Bochum erkennt Hitler Ehrenbürgerschaft ab

Bochum (dpa) - Der Rat der Stadt Bochum hat Adolf Hitler die vor 50 Jahren verliehenen Ehrenrechte in einem Beschluß vom Freitag aus moralischen Gründen auch förmlich aberkannt. Der Ratsbeschluß lautet: „Seine (Hitlers) unsäglichen Verbrechen haben ihn von jeher und für immer aus dem Kreis derjenigen ausgeschlossen, derer die beiden Städte Bochum und Wattenscheid und die heutige Stadt Bochum als ehemalige Ehrenbürger in Anerkennung gedenken“.

Ruhr Nachrichten
10. 11. 1984

notizen

Hitler in Bochum kein Ehrenbürger mehr

Bochum. (AP) Auf Drängen verschiedener Bürgerinitiativen hat der Rat der Revierstadt Bochum gestern Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft förmlich aberkannt.

Westfälische Rund-
10. 11. 1984

Bochum trennt sich von Hitler

BOCHUM, 12. November (AP). Auf Drängen verschiedener Bürgerinitiativen hat der Rat der Revierstadt Bochum Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft förmlich aberkannt. Während CDU und SPD geschlossen für den Antrag votierten, enthielt sich die sechsköpfige Fraktion der Grünen, weil die Vorlage ihrer Auffassung nach „unnötige Relativierungen“ enthielt. Sie stießen sich vor allem an dem Satz: „Der Rat teilt die allgemeine Rechtsauffassung, daß eine Ehrenbürgerschaft mit dem Tode des Beliehenen erlischt.“ Die Ratsmitglieder hatten sich nach mehrjähriger Diskussion entschlossen, dem ehemaligen „Führer“ die Ehrenbürgerschaft „aus ethischen und moralischen Gründen“ auch förmlich abzuerkennen.

WAZ 10. 11. 1984

Der Rat setzte gestern nachmittag den Schlußpunkt:

Hitler ist kein Ehrenbürger mehr

(A.B./-rits) Der Rat der Stadt zog in seiner gestrigen Sitzung endgültig einen Schlußstrich unter ein Thema, das in den vergangenen Wochen und Monaten mehr und mehr in die Schlagzeilen geraten war. Die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitler's wurde am Freitag mit Unterstützung aller drei Fraktionen aberkannt. Noch vor wenigen Wochen war die Mehrheit des Rates der Auffassung gewesen, keinen formellen Beschluß fassen zu müssen, weil eine Ehrenbürgerschaft automatisch mit dem Tode erlosche.

Die Grünen trugen den gestrigen Beschluß nur nicht mit, weil ihnen der zweite Absatz der Beschlußvorlage ein Dorn im Auge war. Sinngemäß heißt es darin, der Rat möge „aus ethischen und moralischen Gründen“ die Aberkennung beschließen, er teile aber auch weiterhin „die allgemeine Auffassung, daß eine Ehrenbürgerschaft mit dem Tode des Beliehenen erlischt.“ Der Grü-

ne Kurt Mittag erklärte die Stimmhaltung der sechs von sieben Fraktionskollegen damit, daß sie diesen Abschnitt schlicht und einfach für überflüssig hielten.

Ein Mann wie Adolf Hitler habe keinen Anspruch auf eine allgemeine Rechtsauffassung, lautete Mittag's Stellungnahme. CDU-Fraktionschef Dr. Hans-Georg Franke erklärte zu

dem leidigen Thema: „Der Rat ist immer davon ausgegangen, daß die Ehrenbürgerschaft dieses Mannes erloschen ist.“ Mit ihrem Votum wurden die Parteien diese Tatsache nur noch unterstützen

Besonders die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ hatte, unterstützt durch mehrere hundert Unterschrif-

ten, mit einem Bürgerantrag das Thema aufs Trapez gebracht. Breite Zustimmung fand die Initiative mit ihrer Forderung bei der Jüdischen Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen, der DKP und Sozialistischen Arbeiterjugend aus Wattenscheid sowie bei den Gewerkschaften, dem ASiA der Ruhr-Uni und weiteren Jugendorganisationen.



FESTGENOMMEN wurden auch diese drei Skinheads, die zusammen mit weiteren Gesinnungsgenossen den „Begleitschutz“ für den NPD-Landesparteitag gestellt hatten. Bild: H. Knosowski

WAZ 21.1.1985

2000 bei dem Protest gegen ‚Nazi-Parteitag‘

Nur wenige handgreifliche Zwischenfälle

Von HANS-JÜRGEN PÖSCHKE waz VELBERT/LANGENBERG

Die demonstrativ zur Schau gestellte Staatsgewalt verfehlte ihre Wirkung nicht. „Mit einem starken Polizeiaufgebot“, zog Mettmanns Oberkreisdirektor Dr. Hentschel zufrieden Bilanz, „wollten wir den drohenden Gewalttätigkeiten vorbeugen. Dies Konzept ist weitgehend aufgegangen!“ Tatsächlich kam es am Sonntag am Rande des NPD-Landesparteitages im Langenberger Bürgerhaus nur zu wenigen handgreiflichen Zwischenfällen, die zu insgesamt 37 vorläufigen Festnahmen führten.

An die 2000 Menschen, viele von weither angereist, hatten sich am Vormittag zu einer gewaltfreien Protestveranstaltung gegen den „Nazi-Parteitag“ in der Langenberger Innenstadt zusammengefunden. Grüne, Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter; viele Jugendliche darunter, auch Roker und Punker.

Unter Spruchbändern und Plakaten („Gegen Faschismus und Ausländerhaß“, „Wehret den Anfängen“, „Seid wachsam“) formierte sich die Menge zum Demonstrationszug durch die Stadt. Sprechchöre forderten immer wieder: „Nazis raus!“

Die aber saßen sicher im Bürgerhaus, abgeschirmt von einem dichten Ring behelmter Bereitschaftspolizisten. Als eine Gruppe von etwa 200, offensichtlich zur Gewalt entschlossener Demonstranten versuchte, den Ring zu sprengen, wurden sie von den Beamten mit Schlagstöcken zurückgetrieben. „Polizisten schützen Faschi-

sten“, erregte sich ein älterer Mann. „Es ist schlimm, das erleben zu müssen.“ Zu ähnlichen Zusammenstößen war es auch schon in den Morgenstunden vor dem Bahnhof und an einem Bahnübergang gekommen, wo ein Dutzend Punker die Bahnstrecke von Langenberg nach Vohwinkel mit brennenden Autoreifen blockieren wollte.

Zu den befürchteten Straßenschlachten zwischen extremen linken Gruppen und den etwa 80 Mann starken Schlägertruppen der NPD (Skinheads, Wiking-Jugend und Borussenfront), die im isolierten Bürgerhaus abgeschirmt waren, kam es jedoch nicht.

„Mit der großen Mehrheit der Bürger“, machte Oberkreisdirektor Hentschel die verquere Lage der mit Schimpfkanonaden überschütteten Beamten deutlich, „stimmen wir in der Ablehnung der NPD überein. Aber es ist der Preis für unsere Freiheit, auch solche Veranstaltungen schützen zu müssen.“

Protest gegen Parteitag

Die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ schließt sich dem Protest gegen den NPD-Landesparteitag am 20. Januar in Langenberg an und weist in dem Zusammenhang auf die Gefahren hin, die von der Günnigfelder Landeszentrale ausgehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft zu einer Kundgebung in Langenberg auf.

WAZ-Wattenscheid 14.1.85



AZZO
an Pol...
ar...

Aktionen zum 8. Mai

„Auf Lehren hinweisen“

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus sind zahlreiche Aktionen in Vorbereitung. Die „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ stellte auf ihrer letzten Sitzung einen Terminplan zusammen. Unter anderem sind darin Vertreter der UWG, der Falken, der SPD der VVN und der Gewerkschaften zusammengeschlossen.

Höhepunkt der Aktivitäten ist eine Veranstaltung „Rock gegen Rechts“ in der Stadthalle fest geplant. Das Konzert wird in Zusammenarbeit mit der Schülerversammlung des Märkischen Gymnasiums und der MIBO durchgeführt. Weiterhin gibt es Filmveranstaltungen, Aktionen und Mahnwachen der einzelnen Gruppierungen. „Ziel der Aktivitäten ist es, auf die Lehren des 8. Mai hinzuweisen und auf heutige Gefahren des Neofaschismus und des Abbaus demokratischer Rechte aufmerksam zu machen.“ Aus diesem Anlaß macht die „Aktionswoche“ noch einmal ihre Forderung, die NPD-Landeszentrale zu schließen, deutlich.

Rock gegen Faschismus

Info-Stände und Filme beim Aktionstag

Die für den 8. Mai geplanten Aktionen der Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ nehmen Gestalt an. Das Programm setzt sich aus Informationsständen, Filmveranstaltungen und weiteren Einzelaktivitäten zusammen. So ist die Herausgabe einer „Wattenscheider Zeitung zum 8. Mai“ beabsichtigt.

An verschiedenen Schulen finden Projektstage statt. Höhepunkt ist die Veranstaltung der SV des Märkischen Gymnasiums mit dem Motto „Rock gegen Faschismus – Rock gegen Krieg“.

Gleichzeitig weitet sich der Widerstand gegen den geplanten NPD-Bundesparteitag in der Stadthalle aus. Unterschriftenlisten und Stellungnahmen sind an die Stadtverwaltung weitergeleitet worden. Weiterhin wendet sich der VVN in einem Schreiben

an den NRW-Innenminister Dr. Herbert Schnorr entschieden gegen den Parteitag. Wortlich heißt es: „Die Erfahrung zeigt, daß es sich bei der NPD um ein Sammelbecken alter und neuer Faschisten handelt. Sie verstößt gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes, insbesondere gegen den Artikel 139, indem sie nationalsozialistisches Gedankengut wiederbelebt.“ Der Innenminister wird aufgefordert, sich für ein Verbot der Veranstaltung in der Stadthalle einzusetzen.

WAZ-Wattenscheid 21. 3. 1985

WAZ 2.3.85

In zahlreichen Veranstaltungen wurde an 8. Mai 1945 gedacht

„Dazu beitragen, daß es nie wieder geschehen kann“

Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wurde gestern in Bochum des Endes der Nazidiktatur und des Weltkrieges vor 40 Jahren gedacht.

Die Bochumer Initiative zum 8. Mai aus Falken, Asta der Ruhr-Uni und Verfolgten des Nazi-Regimes legte nach einem Zug durch die Stadt Kränze am Grabe Fritz Husemanns auf dem Hauptfriedhof nieder. Ein Rockkonzert gegen Faschismus fand in der Wattenscheider Stadthalle statt, die Veranstaltung des DGB im Stadtarchiv.

Ruhr Nachrichten 9.5.1985



AZZONCA
ein Polit-Card
"archiv"



VON DEN AUSEINANDERSETZUNGEN um das NPD-Treffen im Frankfurter Gallusviertel am 28. September berichtete Peter Gingold im Falkenheim der Pestalozzi-Realschule. Allerdings war er nicht Augenzeuge, als Günter Sare von dem Wasserwerfer überrollt wurde. waz-Bild: Michael Korte

WAZ - Wattenscheid 14.10.85

Initiative gegen Faschismus: Zielsetzung noch konkreter

Bei VVN-Treff: Bericht zu Sares Tod in der Mainmetropole

(juk) „Den wiederaufkommenden Neofaschismus darf man nicht überbewerten, aber erst recht nicht unterschätzen. Damit sich der Holocaust des Dritten Reiches niemals mehr wiederholen kann, sollte man sofort den Anfängen begegnen.“ Diese Worte Peter Gingolds, VVN-Mitglied, trafen das zentrale Thema einer Informationsveranstaltung der Initiative „Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ am Samstag im Falkenheim der Pestalozzi-Realschule. Als Augenzeuge berichtete er zur Frage „Was geschah in Frankfurt?“ detailliert von den Auseinandersetzungen um das NPD-Treffen in der Mainmetropole am 28. September, bei dem der Demonstrant Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt und getötet worden war.

Hauptziel der Initiative, die nach eigenen Angaben aus einem Zusammenschluß von Gewerkschaftlern, Angehörigen verschiedener politischer Parteien und des Bundes Deutscher Antifaschisten sowie kirchlich Organisierten besteht, ist es, Entstehung und Aktivitäten neofaschistischer Gruppierungen zu beobachten und darauf aufmerksam zu machen. Die Furcht, es könne sich heute wieder ein „politisches Klima“ entwickeln, das damals zur Machtergreifung

mit der die rund 35 Teilnehmer ihre Betroffenheit und Trauer über den Tod Sares kundtaten, schilderte gingold den Ver-

Solidarität

lauf der zunächst friedlichen Kundgebung von etwa 1500 Menschen gegen die geplante Versammlung der NPD im Frankfurter Gallusviertel. Nachdem Sare am Samstagabend durch den Wasserwerfer tödlich verletzt worden war, diesen Vorfall hat Gingold nicht persönlich gesehen - sei es zu spontanen Protestmärschen und Kundgebungen tausender Menschen in Frankfurt gekommen.

Mahnwachen seien Tag und Nacht an dem Ort des Geschehens bis zur Beerdigung des Demonstranten aufgestellt gewesen. „Die politische Auswirkung dieser Solidaritätswelle in vielen deutschen Städten ist,

daß das Verbot faschistischer Parteien wieder stärker diskutiert wird“, meinte der Frankfurter. Und: „Die große Anteilnahme und Solidarität in Frankfurt war auch auf die Diskussionen anlässlich des 40. Jahrestages der Kapitulation Deutschlands zurückzuführen.“

Nach dem an die Berichterstattung anschließenden Gespräch zwischen Gingold und den Besuchern der Veranstaltung überlegten die Initiative-

Engagement

mitglieder, wie sie in Wattenscheid verstärkt den Aktionen von Neonazis begegnen können. Außerdem wollen sie sich weiterhin für die Schließung der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid und für ein Verbot faschistischer Organisationen stark machen.

Betroffenheit

Hitlers geführt habe, klang in den Worten des Frankfurters Peter Gingold an, der als Jugendlicher schon ein Verfolger des NS-Regimes war und sein Leben nur durch die Emigration nach Frankreich retten konnte.

Nach der Gedenkminute,

Bericht zur Demo

Zur Klärung und Erläuterung der Frage „Was geschah in Frankfurt?“ will Peter Gingold auf einer Veranstaltung der Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ am Samstag, 12. Oktober, um 16 Uhr im Falkenheim, Pestalozzi-Realschule beitragen. Peter Gingold war Augenzeuge der Auseinandersetzungen nach einer Kundgebung gegen die NPD am Samstag, 28. September, in Frankfurt. Dabei war der 36jährige Demonstrant, Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt und getötet worden. Zu den Diskussions Schwerpunkten der Initiative werden am Samstag auch die weiteren Bemühungen um die Schließung der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid gehören.

8.10.85



DGB für Verbot

Ein Verbot der Wattenscheider Initiative „Ausländerstopp“ wie auch aller neonazistischer Organisationen forderte die Landesbezirkskonferenz der nordrhein-westfälischen DGB-Jugend.

WfZ - Wattenscheid
11.6.85

IG Bau:

„NPD-Haus schließen“

Der Bezirksverbandstag der IG Bau-Steine-Erden, Bezirksverband Bochum, hat beschlossen, „alles zu tun, damit das NPD-Haus, Landesverband der NPD, in Wattenscheid-Günnigfeld endlich geschlossen wird.“ In einem Schreiben an den Oberbürgermeister bittet die Gewerkschaft um Unterstützung.



AZZONCAO
ein Polit-Care
"archiv"

WfZ - Wattenscheid
22.4.1985

IG Metall Bochum

Verbot der FAP gefordert

Bochum. UZ - Die IG Metall Bochum hat auf ihrer letzten Vertreterversammlung einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem das Verbot der neofaschistischen FAP gefordert wird. Die Gewerkschafter verweisen darauf, daß unverbesserliche Faschisten und Neofaschisten im Schatten der Rechtswenderegierung, der Dauerarbeitslosigkeit und des rigorosen Sozialabbaus ihre schmutzigen Geschäfte verstärken.

UZ 22.4.86

Gewerkschaft fordert NPD-Verbot

IG Bau-Steine-Erden: Günnigfelder Landeszentrale schließen

Während in Bochum noch über die Klage der NPD auf Benutzung der Wattenscheider Stadthalle für ihren Bundesparteitag verhandelt wird, weitet sich der Protest gegen die Existenz der Günnigfelder Landeszentrale aus.

Vertreter des Wattenscheider Ortsvereins der IG Bau-Steine-Erden stellten auf dem Bezirksverbandstag der Gewerkschaft den Antrag, sich entschieden dafür einzusetzen, daß das NPD-Haus in Günnigfeld geschlossen wird. Der Verbandstag stimmte dem Antrag mit einer Änderung zu.

In der Begründung der Antragssteller heißt es unter anderem: „Die NPD ist eine Partei, die heu-

te in einer Art und Weise chauvinistische Forderungen nach einem großdeutschen Reich verkündet, die mit der nationalsozialistischen Demagogie der NSDAP vor 1933 identisch ist.“ Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß in einer solchen Gesellschaftsordnung Gewerkschaften und demokratische Parteien keinen Raum mehr hätten. Zudem wird die Ausländerfeindlichkeit scharf verurteilt.

Die NPD wird in dem Beschluß als faschistische Partei eingeordnet. Dafür solle es nach dem 8. Mai 1945 in der Bundesrepublik keinen Raum mehr geben. „Faschismus ist nach unserem Grundgesetz verboten.“

WfZ - Wattenscheid 16.4.85

Handlungsstrategien erarbeiten:

IG-Metall fordert verstärkt Verbot der „FAP“

Das Verbot der „FAP“, einer rechtsradikalen Splitterorganisation, fordert die Vertreterversammlung der IG Metall Bochum. Auf ihrer letzten Sitzung, bei der sich die Delegierten intensiv mit Fragen des Rechtsradikalismus und der Ausländerfeindlichkeit beschäftigten, wurde ein deutlicher Beschluß formuliert. „Im Schatten der Rechtswenderegierung, der Dauerarbeitslosigkeit und des rigorosen Sozialabbaus, verstärken unverbesserliche Faschisten und Neofaschisten ihre schmutzigen Geschäfte.“ Dies werde besonders durch steigende Angriffe gegen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Demokraten deutlich. Um „Handlungsstrategien“ gegen rechtsradikale Tendenzen zu erarbeiten, setzte die IG Metall außerdem eine Arbeitsgruppe ein, der Vertreter der Ausländer-, Jugend-, und Vertrauensleuteausschüsse angehören.

WfZ - Wattenscheid 17.4.86

13. NPD-Parteitag in Wattenscheid geplant
in Herne durchgeführt

AZZONCAO
als Polit-Club
"ARCHIV"



Den NPD-Parteitag nicht tatenlos mitansehen – Gegenaktionen planen

Grüne und „Aktionswoche“ denken über Demonstration nach

Nicht tatenlos mitansehen wollen die „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ und die Grünen, falls der Bundesparteitag der NPD in Wattenscheid stattfindet. Bisher steht noch nicht fest, ob der Parteitag nun tatsächlich in der Hellwegstadt durchgeführt wird. Trotz alledem denken Organisation und Partei daran, eine Demonstration oder ein Ausländerfest auf die Beine zu stellen.

Auch SPD und CDU haben nach Angaben der „Aktionswoche“ einer Gegenaktion, beispielsweise einem deutsch-ausländischen Freundschaftstreffen, zugestimmt.

Die Grünen haben jetzt einen Aufruf gestartet, nachdem sich alle Interessenten, Initiativen, Organisationen und auch Unorganisierte für die Teilnahme am Ausländerfest zunächst einmal melden sollen. Am 4. September findet im Ludwig-Steil-Haus ab 20 Uhr das erste Koordinierungstreffen statt.

Als Termin für das Fest wurde bisher der 5. Oktober ins Auge gefaßt. Interessenten, die nicht zum Koordinierungstreffen kommen können, sollten sich bei Wolfgang Cordes, Parkstraße 30, melden.

Auch die „Aktionswoche“ steht dem Vorschlag, ein Ausländerfest zu organisieren, nicht negativ gegenüber. Die Verantwortlichen merken jedoch kritisch an, daß ein Fest allein kein angemessener Widerstand sei und die Annahme

dieses Vorschlags zu einer Spaltung der antifaschistischen Bewegung führen würde.

Deshalb schlägt die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ den Grünen vor, gemeinsam – sollte es zu einem Bundesparteitag der NPD in Wattenscheid kommen – eine Demonstration zu organisieren und ebenso mit vielen anderen Menschen, Organisationen und Parteien ein Freundschaftsfest zu feiern.

Berufung eingelegt

Die Stadt Bochum hat gegen das am 10. Januar 1986 verkündete Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen, wonach die Stadthalle Wattenscheid der NPD für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden muß, Berufung eingelegt. Über die Berufung entscheidet das Oberverwaltungsgericht Münster.

WAZ Wattenscheid 23.8.85

WAZ 21.3.86

WAZ-Wat. 20.3.86

Protest gegen NPD-Parteitag

Wie die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ mitteilt, plant die NPD, ihren Landesparteitag am 4. Mai in Herne abzuhalten. Da die Stadt Herne eine Vermietung kommunaler Räumlichkeiten abgelehnt habe, versuche die NPD auf gerichtlichem Wege, eine Benutzung des Kulturzentrums in Herne zu erzwingen.

Die Initiative ruft zu Protesten gegen den Parteitag auf, um eine derartige Provokation durch die neonazistische NPD zu verhindern. Nachdem der antifaschistische Widerstand in Wattenscheid und Bochum ähnliche Veranstaltungen verhindert habe, dürften die Neonazisten auch in Herne nicht zum Zuge kommen. Die „Wattenscheider Aktionswoche“ fordert die Teilnehmer des Ostermarsches Ruhr '86 dazu auf, auch gegen den neuaufliebenden Nationalsozialismus zu demonstrieren.

BILDER- BOGEN

Umzug

Nach einer Mitteilung der „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ plane die NPD, nach den Protesten in Bochum ihren Landesparteitag am 4. Mai im Herner Kulturzentrum zu veranstalten.

WAZ Bochum
20.3.86

WAZ-Wat 7.4.86

Info-Stand in der City

Die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ beabsichtigt in der nächsten Zeit, zahlreiche antifaschistische Aktionen zu starten. So werden die Demonstration für ein Verbot der FAP am 21. Juni und gegen den für den 2. Mai geplanten NPD-Landesparteitag unterstützt. Am 26. April findet in Info-Stand in der City mit Informationen zum Neonazismus und zur NPD-Landeszentrale statt. Weiterhin unterstützt die Gruppe das von den Grünen angeregte Deutsch-Ausländische Fest am 7. Juni 1986 in der Innenstadt.

15. Libyen-Demo in Bonn



Fahrt zur Demo

Zur Fahrt nach Bonn zur Anti-Kriegs-Demonstration ruft die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ am morgigen Samstag auf. Busse für Wattenscheid und Bochum starten um 10.30 Uhr ab Springerplatz/Bochum. Veranstalter dieser Demonstration ist bundesweit die Friedensinitiative. Es sind noch Bus-Plätze frei.

WAZ 18.4.86